



Handbuch 3

Freiwilligenkoordination in Unterkünften für Geflüchtete





Inhaltsverzeichnis:

Vorwort	1
Ein Blick auf das Projektjahr 2019	2
Werkstatt 1: Beschwerdemanagement	6
Werkstatt 2: Wir und Die – Perspektiven und Handlungsoptionen für einen menschenrechtsbasierten Ansatz in der ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten	10
Werkstatt 3: Qualität im Freiwilligenmanagement	13
Werkstatt 4: Jung – geflüchtet – engagiert ?	16
Schwerpunkt: Wohnungsmangel in Berlin	19
Aus der Praxis: Der Bewohner*innenrat	24

Elke Breitenbach, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Berlin
Zum 3. Handbuch des Beratungsforum Engagement für Geflüchtete

Bereits seit über drei Jahren ergänzt und begleitet das Beratungsforum Engagement für Geflüchtete als zivilgesellschaftlicher Partner die Aufgaben des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten und der Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement in meiner Verwaltung – mit großem Erfolg!



Die Situation Geflüchteter hat sich seit der Ankunft seit dem Sommer 2015 in vielerlei Hinsicht verändert, aber die neuen Aufgaben und Herausforderungen sind nicht kleiner geworden. Ging es zunächst um das Ankommen und das Willkommensein, so stehen aktuell die Themen der Integration und des Alltagslebens – abhängig von der Bleibeperspektive – im Vordergrund. Wohnangebote und Wohnformen, die sozialen Belange und Bedarfe beim Zusammenleben in den Unterkünften sowie ein hinlängliches Maß an Partizipation sind nun maßgebliche Bedingungen, die es einzurichten und anzupassen gilt im Rahmen der Möglichkeiten. Meine Verwaltung hat sich in den letzten beiden Jahren insbesondere für die zielgruppengemäße Erweiterung eines Beschwerdemanagements und zugleich für die Schaffung einer behördenunabhängigen Beschwerdestelle für geflüchtete Menschen in 2020 eingesetzt.

Die Rolle der aktiven, solidarischen Zivilgesellschaft ist bei allen diesen Entwicklungen ungebrochen wichtig. Freiwillige waren und sind die Brückenbauerinnen und -bauer zur Mehrheitsgesellschaft, für eine persönliche Beziehung sowie zum Kennenlernen und zur Auseinandersetzung mit einem selbständigen Alltagsleben in unserer Gesellschaft.

Die Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren haben entsprechend dieser Entwicklung mehr neue und komplexere Aufgaben in den Unterkünften für Geflüchtete denn je: In der Projektentwicklung und -umsetzung, im Aufbau kultursensibler Begegnung und Gemeinschaftspflege in den Unterkünften, Lern- und Betreuungsangeboten und bei Teilhabe und Beteiligungsansätzen für die Bewohnerinnen und Bewohner. Nicht zuletzt stehen die Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren für ein verlässliches Freiwilligenmanagement mit vielen Verantwortungen und strategischem Geschick. Sie sind das zivilgesellschaftliche Gesicht, Dreh- und Angelpunkt für Projektpartner und Anwohnerschaft im Umfeld der Unterkunft, vor allem aber auch nach innen.

Ihr fachliches Spektrum von 2019 lässt sich an Hand der Themen in den Werkstätten und den Jour fixe des Beratungsforums gut ablesen wie etwa der Umgang mit rechts-extremen und rassistischen Tendenzen sowie Projekte von und für junge engagierte Geflüchtete. Aber auch die Wahrnehmung von Wohnungslosigkeit bei Geflüchteten ist nicht trivial, und die gelungenen Beispiele von Bewohnerinnenräten machen Schule.

Ich danke dem Beratungsforum Engagement für Geflüchtete für seine gute Arbeit und wünsche Ihnen nun viel Spaß beim Lesen,

Ihre

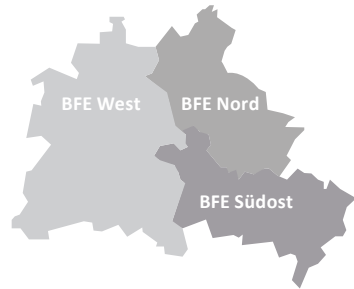
Elke Breitenbach

Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales in Berlin

Ein Blick auf das Projektjahr 2019

von Sabine Strauch

Das dritte Jahr im Beratungsforum Engagement brachte für die Ehrenamtskoordinator*innen und das Beratungsforum Engagement für Geflüchtete (BfE) dynamische Neuerungen. Zu Jahresanfang erlebte der Berliner Nordosten in den Bezirken Lichtenberg, Pankow und Marzahn-Hellersdorf einen enormen Zuwachs an neu eröffneten Containerdörfern. Mehr als ein Drittel aller Berliner Unterkünfte verteilt sich seitdem auf die drei Bezirke.



Dieser Entwicklung begegnete das Beratungsforum mit einem Neuzuschnitt der Regionen und Neuverteilung der projektinternen Ressourcen, um den in den Vorjahren etablierten engen regionalen Kontakt beizubehalten. So konnten in den neu entstandenen Regionen sechs (Region West sowie Südost) bzw. fünf (Region Nord) Jour fixe der Ehrenamtskoordinator*innen stattfinden, die wie in den Vorjahren regen Zuspruch erhielten.

Die Fortbildungsreihe Freiwilligenkoordination BfE, seit 2017 in acht berufsbegleitenden Modulen angeboten, wurde im Jahr 2019 zu 47 % von Neueinsteiger*innen besucht und zu 53 % von Ehrenamtskoordinator*innen, die in den Vorjahren versäumte Module nachholten. Fortgesetzt hat das Beratungsforum ebenfalls die im Jahr 2018 eingeführten Werkstätten als Format für vertiefendes Arbeiten im berlinweiten Austausch. Zwei der vier Werkstätten wurden in enger Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales veranstaltet und gaben den Ehrenamtskoordinator*innen und weiteren Teilnehmenden die Möglichkeit, an aktuellen Themen der Verwaltung mitzuarbeiten.

Der ungebrochene Bedarf an den Formaten für Qualifizierung, Fachaustausch und Vernetzung als auch die hier besprochenen Themen spiegeln die vielfältigen Herausforderungen und zunehmend im Bereich Management liegenden Aufgabenfelder wider, mit denen sich Ehrenamtskoordinator*innen auseinandersetzen. Auch die per Fragebogen erhobene Evaluation zum Jahresende 2019 (n=44, entspricht einer Rücklaufquote von 52 %,) zeigt dies als wichtiges Ergebnis.

Während 2018 im Aufgabenspektrum der Ehrenamtskoordinator*innen vor allem die Gewinnung von Freiwilligen im Vordergrund stand, das Veranstaltungsmanagement und die Zusammenarbeit mit Projekten an Standorten mit geringer ehrenamtlicher Infrastruktur, sind dies 2019 die Mitarbeit in Gremien, das Netzwerken und die Fördermittelakquise. Seither rücken Prozesse des Changemanagements immer mehr in den Fokus der Aufmerksamkeit der Teams in den Unterkünften und diese werden häufig im Bereich Ehrenamtskoordination angesiedelt.

Ehrenamtskoordinator*innen nutzten BfE für:



Jour fixe 82 %



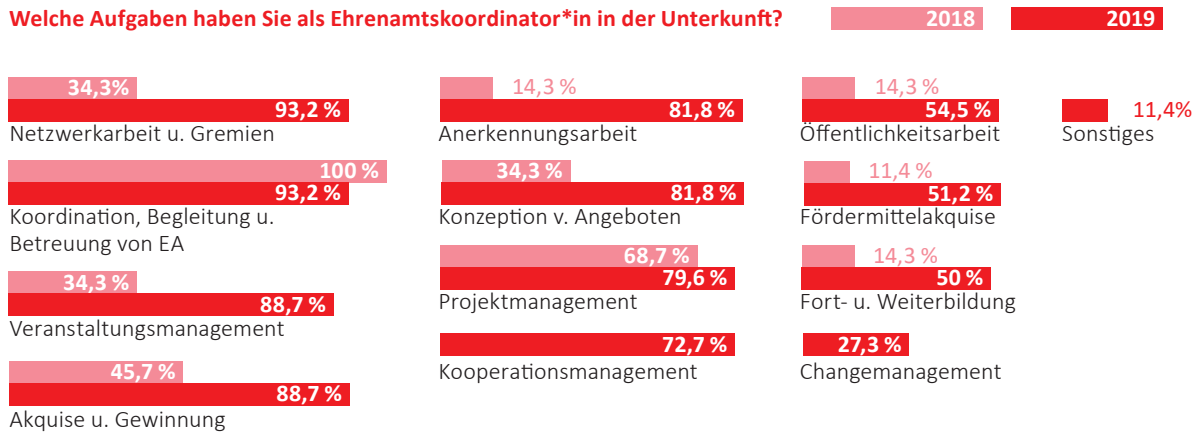
Werkstätten 40 %



Qualifizierung: 61 %

(Daten 2019)

Welche Aufgaben haben Sie als Ehrenamtskoordinator*in in der Unterkunft?

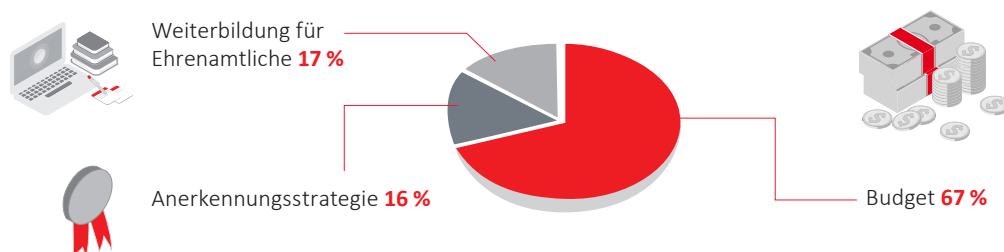


Auffällig bleibt auch im dritten Projektjahr die noch nicht zufriedenstellend verringerte Fluktuation: 45 % der Ehrenamtskoordinator*innen begannen ihre Arbeit in der Unterkunft 2019, 22 % im Jahr 2018, 33 % sind seit 2017 beschäftigt. In den beiden Vorjahren 2017 und 2018 hatten 68 % bzw. 77 % der Befragten angegeben, ihre Stelle neu aufgenommen zu haben. Vor Antritt ihrer Stelle hatten im Jahr 2019 68 % keinerlei Erfahrungen in der Ehrenamtskoordination, und nur eine*r der 44 Befragten arbeitet bereits seit 2015 im Bereich Flucht und Migration.

1. Arbeitssituation der Ehrenamtskoordinator*innen

- 64 % der befragten Ehrenamtskoordinator*innen arbeiten in Unterkünften mit mehr als 100, aber weniger als 250 Bewohnenden. Ihr Stellenanteil liegt damit unter 50 %.
- 54 % der Ehrenamtskoordinator*innen sind aufgrund dieser Situation darauf angewiesen, ihre Funktion mit anderen Arbeitsfeldern innerhalb oder außerhalb der Unterkunft zu kombinieren, um auskömmlich leben zu können.
- 60 % erleben die Kombination verschiedener Funktionen in der Unterkunft als vorteilhaft, weil sie einen intensiveren Kontakt zu den Bewohnenden und einen guten Überblick über Abläufe ermöglicht. 40 % erleben die Doppelfunktion als weniger vorteilhaft bis nachteilig: ständige Zeitnot führt zu Frustration oder eine Doppelfunktion zu Rollenkonflikten.
- Für nur 4,5 % der befragten Ehrenamtskoordinator*innen gab es interne Schulungen. Ca. 11 % hatten die Möglichkeit, an interkulturellen Trainings teilzunehmen. 7 % bekamen durch den Unterkunftsbetreiber keine Weiterbildungsangebote oder Supervision.
- Wenig verbessert hat sich der Anteil vorhandener Stellenbeschreibungen und inhaltlicher Anleitungen in Form von Leitfäden, Konzepten und Handbüchern: wie im Vorjahr haben etwa 30 % der Ehrenamtskoordinator*innen keine Stellenbeschreibungen, 32 % arbeiten ohne Leitfaden, Konzept oder Handbuch (2017: 63%, 2018: 29 %).
- Verschlechtert hat sich die Ausstattung der Ehrenamtskoordination mit einem eigenen Budget. 67 % der in diesem Jahr befragten Ehrenamtskoordinator*innen (2017: 54%, 2018: 57%) verfügen nicht über finanzielle Mittel zur Umsetzung einer Anerkennungskultur.

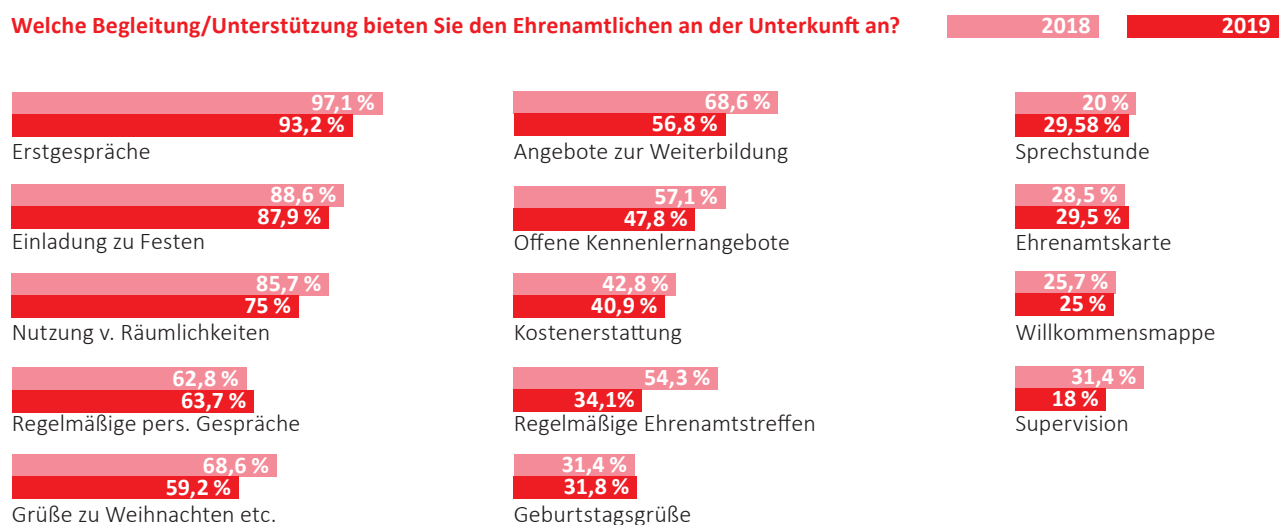
Welche Angebote fehlen Ihnen von Ihrem Träger?



2. Formen des Freiwilligenmanagements

- In fast allen erfragten Bereichen der Begleitung und Unterstützung von Ehrenamtlichen lässt sich im Vergleich zum Vorjahr eine geringe bis deutliche Abnahme der Aktivitäten feststellen. Besonders augenfällig ist dies in einem klassischen Bereich von Anerkennungskultur: der Einladungen zu Festen, zu denen nur noch 40 % der Ehrenamtskoordinator*innen einladen, aber nach Auskunft der Befragten über 61 % (2018: 69 %) der Freiwilligen gerne teilnehmen.
- Eine Verbesserung zeigt sich beim Supervisionsangebot: immerhin 27 % der befragten Ehrenamtskoordinator*innen können Freiwilligen die wichtige Unterstützung in diesem anspruchsvollen bis belastenden Bereich des Engagements anbieten.

Welche Begleitung/Unterstützung bieten Sie den Ehrenamtlichen an der Unterkunft an?



n=35 (2018)

n=44 (2019)

Evaluierung der Arbeit des Beratungsforum Engagement für Geflüchtete

- Die Befragten zeigten sich mit großer Mehrheit zufrieden bis sehr zufrieden mit den Möglichkeiten zum Austausch, den Inhalten und weiteren Angeboten des Beratungsforums Engagement für Geflüchtete, ebenso mit deren zeitlichem Umfang.

Wie zufrieden waren Sie 2019 mit den:

Möglichkeiten zum Austausch



84 % (zufrieden bis sehr zufrieden)

Angebotenen Themen/ Inhalten



78 % (zufrieden bis sehr zufrieden)

Möglichkeiten zur Qualifizierung



71 % (zufrieden bis sehr zufrieden)

Möglichkeiten zu Netzwerken



85 % (zufrieden bis sehr zufrieden)

Der Beratung durch die Regionalkoordinatorin



91 % (zufrieden bis sehr zufrieden)

- Die Befragten äußerten bereits zu 80 % den Wunsch, auch künftig die Angebote des Beratungsforums Engagement zur Qualifikation und zur Vernetzung zu nutzen und 100 % der Ehrenamtskoordinator*innen waren sehr interessiert an weiterem Austausch in den Jour fixe und den Werkstätten.

Wurden Ihre Erwartungen an das BfE erfüllt?

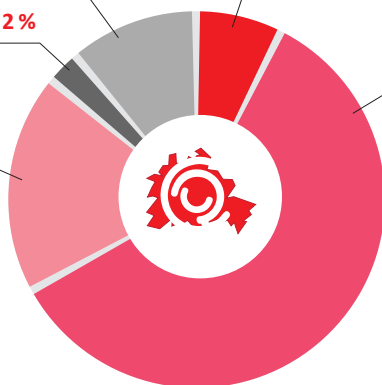
Keine Erwartungen gehabt: **12 %**

Erwartungen wurden nicht erfüllt: **2 %**

Erwartungen wurden
zum Teil erfüllt: **19 %**

Erwartungen wurden übertroffen: **7 %**

Erwartungen wurden voll
und ganz erfüllt: **60 %**



Werkstatt 1

Beschwerdemanagement in Unterkünften für Geflüchtete

*Die erste Werkstatt 2019 des Beratungsforums Engagement fand in Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement (KoordFM) der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS) zum Thema Beschwerdemanagement statt. Ehrenamtskoordinator*innen tauschten sich über wichtige Grundlagen aus und brachten ihre Praxiserfahrungen in die Diskussion mit Verwaltung und Interessierten ein.*

Seit 2018 setzte die Koordinierungsstelle ein Pilotprojekt zum unabhängigen Beschwerdemanagement in fünf Berliner Unterkünften um. Nach Abschluss des Pilotprojekts im Jahr 2019 wird der Senat ab dem 1. Juli 2020 unter dem Namen „Berliner unabhängige Beschwerdestelle“ (BuBS) in den Unterkünften des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) ein behördenunabhängiges Beschwerdemanagement einführen. In einer zweiten Phase, die ab 2021 geplant ist, soll das Beschwerdemanagement für alle Unterkünfte für wohnungslose Menschen in Berlin geöffnet werden.

von Julia Lammert und Sophia Schäfer

Warum ein unabhängiges Beschwerdemanagement?

In internationalen Übereinkommen zum Gewaltschutz nehmen Beschwerdestellen einen zentralen Platz ein. Das Leben in Unterkünften kann durch räumliche Enge, mangelnde Privatsphäre und das Gefühl der Fremdbestimmung Gewalt begünstigen, es kommt zu rassistischen Übergriffen und genderspezifischen Diskriminierungen. Insbesondere zur Einhaltung der Schutzmaßnahmen für besonders schutzbedürftige Personengruppen wird eine Beschwerdestelle erforderlich. Auch UNICEF und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend definieren Mindeststandards zum Schutz von Menschen in Unterkünften für Geflüchtete, die ein Beschwerdemanagement vorsehen.

Über die Sicherung von körperlicher und psychischer Unversehrtheit hinaus ermöglichen Beschwerdesysteme, Bedürfnisse und Kritik zu äußern. Sie stärken so die Grundrechte der untergebrachten Menschen auch in weiteren Bereichen wie Unverletzlichkeit der Wohnung oder Postgeheimnis. Als Grundvoraussetzungen für ein gelungenes Beschwerdesystem gelten insbesondere ein niedrigschwelliger Zugang und die Unabhängigkeit des Verfahrens.

In den Berliner Unterkünften für Geflüchtete gab es bislang kein solches Verfahren. Neben kommunalen Beschwerdestellen existiert nur im Rahmen der Qualitätssicherung ein behördliches Beschwerdeverfahren des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF). Eine von Verbänden und Fachexpert*innen empfohlene, unabhängige Beschwerdemöglichkeit hat sich bereits in anderen Kontexten im Sinne der Qualitätsverbesserung bewährt. Viele Bereiche der Sozialen Arbeit haben Beschwerde- bzw. Ombudsstellen eingeführt, so z.B. die Berliner Informations- und Beschwerdestelle Psychiatrie oder die Berliner Beratungs- und Ombudsstelle Jugendhilfe.

Monitoring Group Berlin – Starke Initiative für ein Berliner Beschwerdemanagement

Den maßgeblichen Impuls für den Startschuss zum unabhängigen Beschwerdemanagement in Berliner Unterkünften gab die Geflüchteten selbstorganisation Monitoring Group, die als Initiative von geflüchteten Frauen in Pankower Unterkünften entstand und sich seit 2015 für die Verbesserung des Beschwerdemanagements in Unterkünften einsetzt. Gemeinsam mit der Zukunftswerkstatt Heinersdorf benannten die Frauen aktuelle Konfliktsituationen in Unterkünften und entwickelten in einem Policy Paper konzeptionelle Grundlagen eines unabhängigen und transparenten Beschwerdemanagements.

Ihre Arbeit wird von einem gendersensiblen Ansatz geleitet und räumt den Bedürfnissen von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten sowie dem Empowerment aller Geflüchteten hohen Stellenwert ein. Wichtig ist den Akteurinnen, dass die Struktur des Beschwerdemanagements den Bedürfnissen der Adressat*innen entspricht. Partizipation und Mitgestaltung von geflüchteten Menschen werden daher zentral gesetzt.

„Für das Ankommen Geflüchteter in dieser Gesellschaft, für ihre Partizipation in sozialen Prozessen ihres direkten Umfelds sowie für ihre allgemeine Lebensqualität und ihr Wohlbefinden ist es unabdingbar, die Wohnumstände zu verbessern und gegen Mängel in den Unterkünften gezielt vorzugehen.“ Policy Paper (2018)

Folgende Empfehlungen für ein Beschwerdemanagement hat die Monitoring Group entwickelt:



Träger und Weisungsbefugnis

- Träger- und betreiberunabhängig, dezentral strukturiert, mit klarem Mandat
- Senat: erteilt der Beschwerdestelle den Auftrag, hat aber keine Weisungsbefugnis
- Weisungsrecht und klare Handlungskompetenz für das Beschwerdemanagement, damit es nicht auf Bitten und Hinweise beschränkt ist
- Mandat des unabhängigen Beschwerdemanagements: Fristsetzung zur Mangelbehebung sowie Sanktionsmöglichkeiten bei Nicht-Handeln



Kommunikation und Beschwerdegang

- Anlaufstellen mit festen Sprechstunden einrichten, Geflüchtete zu den eigenen Rechten informieren
- Vielfältige Kommunikationskanäle einsetzen (offene Sprechstunde, Whatsapp, Telefonberatung und aufsuchende Beratung)
- Mehrsprachigkeit, Sprachmittlung und diversitätssensible Ausrichtung
- Beschwerdemöglichkeiten vor Ort in den Unterkünften (beispielsweise durch aufsuchende Beratung, Briefkästen, unabh. Kontaktpersonen in den Einrichtungen)
- Schriftliche Beschwerdeaufnahme und Dokumentation in einem standardisierten Beschwerde-Prozess, fortlaufende Evaluierung und Controlling

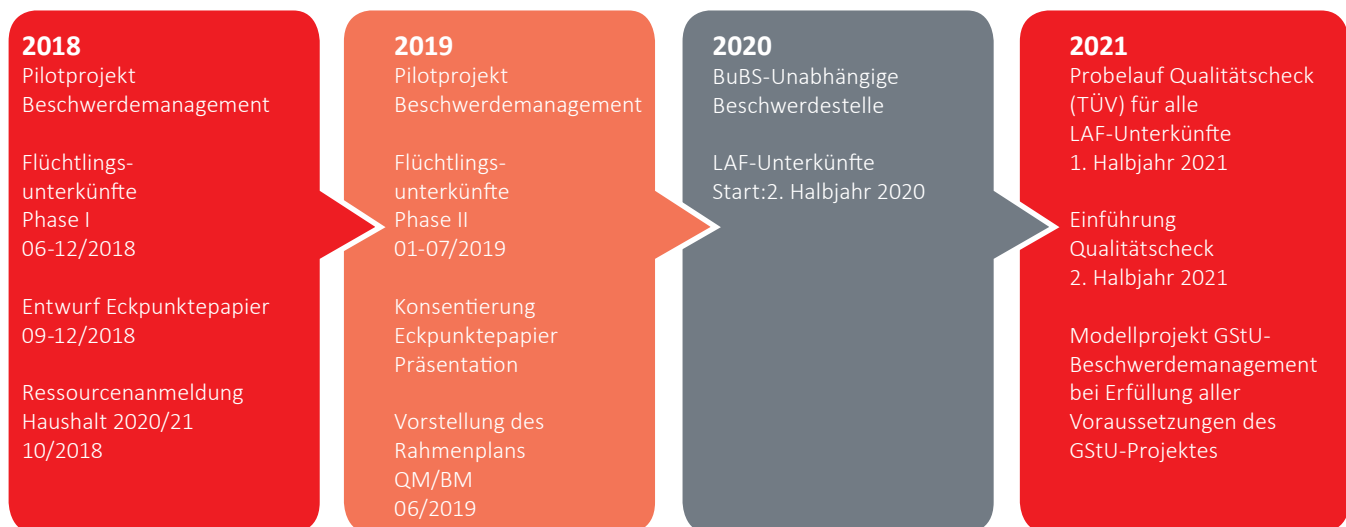


Personen und Netzwerke

- Selbstbewusstsein und die Eigenverantwortlichkeit von Geflüchteten durch Empowerment-Angebote stärken
- Aktuelle und ehemalige Bewohner*innen in das Beschwerdemanagement einbinden (Peer-to-Peer-Ansatz)
- In Sensibilisierungsworkshops Angestellte im Beschwerdemanagement in einer inklusiven und intersektionalen Umgangsweise mit Beschwerden ausbilden
- Feste Arbeitsplätze schaffen, um das Beschwerdemanagement zu professionalisieren
- Vernetzung auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene, aber auch enger Kontakt zu zivilgesellschaftlichen Organisationen und Geflüchteteninitiativen
- Enge Zusammenarbeit mit spezifischen Ämtern wie dem Gesundheits- und Jugendamt

Prozess zur Umsetzung eines unabhängigen Beschwerdemanagements in LAF-Unterkünften

Das Engagement der Monitoring Group wurde vom Büro der Integrationsbeauftragten in Pankow aufgegriffen und in ein Modell für ein betreiberunabhängiges Beschwerdesystem übertragen, das die Grundzüge des Policy Papers umsetzt. Die Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales setzte das Modell zusammen mit dem Bezirksamt Pankow und dem Träger GFMB gGmbH im Sommer 2018 in fünf Berliner Unterkünften für geflüchtete Menschen in Pankow, Lichtenberg, Reinickendorf und Marzahn-Hellersdorf als Pilotprojekt um.



Quelle: KoordFM in SenIAS, Lösungen auf Augenhöhe, 2019.

Die Struktur des Beschwerdemanagements in Berlin



Quelle: KoordFM in SenIAS, Lösungen auf Augenhöhe, 2019.

1. Die Qualitätssicherung soll im LAF verankert werden. Das Referat für Qualitätssicherung im LAF verfügt bereits über ein behördlich verankertes Beschwerdemanagement und soll zur **Qualitätssicherungs-** und **Prüfstelle** ausgebaut werden.
2. Eine unabhängige, externe **Beschwerdestelle** fungiert als Anlaufstelle für Betroffene, aber auch für Ansprechpersonen bereits bestehender Beschwerdestellen. Die Beschwerdestelle nimmt Beschwerden entgegen, leitet diese an zuständige Stellen weiter und dokumentiert den Beschwerdeprozess. In der Beschwerdestelle wird ein multidisziplinäres, interkulturelles und diskriminierungssensibles Beratungsteam tätig sein. Ein mobiles Lotsenteam wird Unterkünfte besuchen und Sprechstunden zur Beschwerdeannahme anbieten und dadurch einen niedrigschwelligen und vertrauensbildenden Zugang zum Beschwerdesystem ermöglichen. Dem Peer-to-Peer-Ansatz folgend, werden Menschen mit Flucht- bzw. Migrationserfahrung diese Aufgabe wahrnehmen.
3. Die unabhängige Beschwerdestelle wird durch eine **Geschäftsstelle** unterstützt. Diese soll fachlich-koordinierend bei der Bearbeitung von Beschwerdevorgängen unterstützen und verantwortet zudem das Evaluations- und Berichtswesen.
4. Ein **Fachbeirat**, in dem sowohl Behörden als auch Vertreter*innen der Zivilgesellschaft unter Vorsitz des für Integration zuständigen Staatssekretärs mitwirken, wird eine Beratungsfunktion mit Empfehlungsscharakter wahrnehmen. Auch Selbstorganisationen von Geflüchteten sollen in den Fachbeirat einbezogen werden.

Literaturhinweise:
Berliner Beschwerdemanagement in Unterkünften für Geflüchtete: Bestandsaufnahme und Modell – Policy Paper der Monitoring Group Berlin, Stand Januar 2018.

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales / Stabsstelle Koordinierung Flüchtlingsmanagement: Lösungen auf Augenhöhe. Pilotprojekt „Unabhängiges Beschwerdemanagement“ in Berliner Flüchtlingsunterkünften. Abschlussbericht, 2019.

Werkstatt 2

Wir und Die: Perspektiven und Handlungsoptionen für einen menschenrechts-basierten Ansatz in der ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten

*In der zweiten Werkstatt des Beratungsforums Engagement befassten sich die Ehrenamtskoordinator*innen mit menschenrechtsbasierten und demokratischen Ansätzen, um auf Herausforderungen in der Arbeit mit Ehrenamtlichen reagieren zu können. Wie lassen sich Vorurteile und rassistische Narrative erkennen und dekonstruieren und so einer möglichen Instrumentalisierung von negativen Erfahrungen in der ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten entgegenzutreten?*

*Rechtspopulist*innen wenden sich grundsätzlich gegen gesellschaftliche Offenheit und Vielfalt, vielmehr streben sie nach ethnisch-kultureller Homogenität. Eine ihrer Diskursstrategien besteht darin, bestimmte Gruppen von Zugewanderten pauschal als Träger*innen von Ideologien menschlicher Ungleichwertigkeit wie Sexismus und Antisemitismus anzuklagen. Die rechtspopulistische ‚Lösung‘ soll dann in der Entfernung der Migrant*innen aus Deutschland und der Abschottung gegen weitere Zuwanderung liegen.*

Zum Umgang mit der rechtspopulistischen Ethnisierung und Kulturalisierung von Ideologien der Ungleichwertigkeit

Von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR)

Das rechtspopulistische „Lügen mit der Wahrheit“

Die rechtspopulistische Diskursstrategie nutzt reale Probleme in der Einwanderungsgesellschaft aus: Auch Migrant*innen können von Ideologien menschlicher Ungleichwertigkeit geprägt sein, denn solche Ideologien sind in allen Ländern der Welt verbreitet und mithin ein weltweites und gesamtgesellschaftliches Problem. Die Ungleichwertigkeitsideologien und die Identitätskonstruktionen und Diskriminierungsformen, die mit ihnen einhergehen, äußern sich jeweils auf individuelle und besondere Weise und sind spezifisch sozio-kulturell, historisch und biografisch geprägt. Neben der Abwertung bestimmter ethnischer oder religiöser Gruppen können zum Beispiel problematische Männlichkeits- und Weiblichkeitsbilder, Homo- und Transsexuellenfeindlichkeit, religiöser Fundamentalismus oder antijüdische Einstellungen auftreten.

Obwohl sich solche Einstellungen gerade bei Rechtspopulist*innen selbst finden, werden sie von Rechtspopulist*innen pauschal Geflüchteten und anderen Zugewanderten zugeschrieben, um so diskriminierende politische Forderungen zu begründen. Beispiele wären etwa die Forderungen nach einem sofortigen Zuwanderungsstopp – und damit nach vollständiger Aussetzung des Asylrechts und der Aufnahme von Schutzbedürftigen aus Kriegsgebieten – oder nach einer Art Sondergesetzgebung für Muslime. Diese rechtspopulistische Diskursstrategie lebt von Externalisierung und Projektion, von Instrumentalisierung und Pauschalisierung. Hier greifen essenzialisierende „Wir-Die“-Konstruktionen, die für Rassismus und Kulturalismus wesentlich sind.

Probleme werden ausschließlich bei den „Anderen“, „Fremden“ angeprangert, Missstände der deutschen Mehrheitsgesellschaft hingegen ausgeblendet. Hierzulande seien die Werte der Aufklärung, der Gleichberechtigung von Mann und Frau, der Trennung von Kirche und Staat sowie der gewaltfreien Kommunikation verwirklicht. Bedroht werden diese Zustände angeblich durch Menschen, die von außen kommen – Geflüchtete und andere Migrant*innen – oder die zwar schon immer hier leben und sogar deutsche Staatsbürger*innen sind, aber einer angeblich fremden Kultur oder Religion angehören. Oft werden rechtspopulistische und rechtsextreme Tendenzen und sogar Angriffe als notwendige, zumindest aber nachvollziehbare „Abwehrreaktion“ der „heimischen Bevölkerung“ dargestellt. Die Opfer der Diskriminierung sollen also selbst schuld an ihrer Diskriminierung und am zunehmenden Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sein.

Probleme offen ansprechen, sich selbst dabei reflektieren

Werden in der Arbeit mit Geflüchteten oder anderen Menschen mit Einwanderungsgeschichte negative Erfahrungen mit Ideologien menschlicher Ungleichwertigkeit gemacht, so braucht es geschützte Räume, um sich in solidarischer und konstruktiver Weise über diese und andere Probleme auszutauschen. Der Soziologe Floris Biskamp¹ formuliert am Beispiel des *Sprechens über den Islam zwischen antimuslimischem Rassismus und demokratischer Kritik* (2019) mehrere hilfreiche Hinweise für einen solchen Austausch. Biskamp empfiehlt, das eigene Sprechen auf drei Ebenen zu reflektieren:

- Sachliche Angemessenheit: Stellen meine Aussagen das Problem korrekt dar?
- Zu erwartender Effekt: Trägt mein Sprechen – in diesem Kontext, in dieser Situation, aus meiner Position – im Ergebnis wahrscheinlich eher zur Sichtbarmachung und Abschwächung von Zwängen oder eher zur Stigmatisierung einer Minderheit bei?
- Motivation: Ist mein Sprechen wirklich durch ein Interesse an der Sache und Verantwortlichkeit gegenüber Anderen oder eher durch eine Sorge um meine eigene Identität und Position motiviert?

Diese Fragen können dabei helfen, mögliche rassistische Verdrehungen und rechtspopulistische Instrumentalisierungsversuche zu erkennen. Ein in diesem Sinne demokratisch reflektiertes Sprechen sollte Biskamp zufolge den Effekt haben, dass spezifische Probleme der Einwanderungsgesellschaft gemeinsam mit Migrant*innen lösungsorientiert angegangen werden können.

In Berlin gibt es mehrere zivilgesellschaftliche Projekte, die Probleme in der Einwanderungsgesellschaft auf demokratische und rassismuskritische Weise bearbeiten und um Unterstützung angefragt werden können. Einige dieser Projekte sind im Folgenden aufgeführt.

¹ Weitere Informationen zu Dr. Biskamp unter:
<https://promotionskolleg-rechtspopulismus.net/team/floris-biskamp> (04.02.2020).



Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin

Die MBR bietet all jenen Beratung und Unterstützung an, die mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind und sich für die Stärkung demokratischer Kultur einsetzen wollen. Unter Berücksichtigung der jeweiligen lokalen Gegebenheiten entwickelt die MBR gemeinsam mit den Menschen vor Ort situationsbezogene Handlungsstrategien, informiert und begleitet die Umsetzung.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

mbr-berlin.de

de-de.facebook.com/MbrBerlin



Ufuq

Ufuq ist ein anerkannter Träger der freien Jugendhilfe und in der politischen Bildung und Prävention zu den Themen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus aktiv. Die Angebote richten sich an Pädagog*innen, Lehrkräfte und Mitarbeiter*innen von Behörden.

www.ufuq.de

www.facebook.com/ufuq.de



Miphgasch

Miphgasch arbeitet schwerpunktmäßig zu den Themen Rassismus und Antisemitismus im Kontext der Migrationsgesellschaft, die Beziehungen zwischen Judentum, Christentum und Islam, Nationalsozialismus, Antisemitismus und Holocaust sowie die Erforschung der Lokalgeschichte zu diesen Themen.

<http://www.miphgasch.de>

<https://www.facebook.com/miphgasch>



KeEzrach

Das Projekt „KeEzrach“ verständigt sich mit jungen Asyl- und Schutzsuchenden über demokratische Leitwerte. In diesem Zusammenhang sensibilisiert es für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Sexismus, Antisemitismus, Rassismus, Schwulen- und Behindertenfeindlichkeit. Dabei kommen sowohl die Diskriminierungserfahrungen mit der Mehrheitsgesellschaft wie auch autoritäre Prägungen von geflüchteten Jugendlichen gegenüber anderen religiösen und ethnischen Minderheiten zur Sprache.

www.jfda.de/projekte/keezrach

Qualität im Freiwilligenmanagement

Werkstatt 3

*In Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement (KoordFM) der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS) und den Runden Tischen Zivilgesellschaft Berlin veranstaltete das Beratungsforum Engagement die dritte Werkstatt 2019 zum Thema „Qualität im Freiwilligenmanagement – neue Entwicklungen, neue Ansprüche an seine Funktion“. Ehrenamtliche, Ehrenamtskoordinator*innen, Initiativen und weitere Akteur*innen aus der Arbeit mit Geflüchteten diskutierten mit Staatssekretär Daniel Tietze und Sybill Schulz, Leitung der KoordFM.*

Von Sophia Schäfer und Susanne Eckhardt

Als einziges Bundesland in Deutschland hat Berlin die Position der Ehrenamtskoordination in der Unterbringung von Geflüchteten vertraglich verankert und damit eine entscheidende Voraussetzung für ein professionelles Freiwilligenmanagement in der Integrationsarbeit geschaffen. Seit Einführung der Position im Jahr 2016 ist das Feld geprägt durch dynamische Wandlungen. Ging es zu Anfang vor allem um das Vermitteln und Koordinieren der vielen helfenden Hände, hat sich der Aufgabenbereich mittlerweile stark entwickelt und profiliert. Dabei erfüllen Ehrenamtskoordinator*innen nicht nur die Leistungsbeschreibung der Position nach dem Betreibervertrag des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF). Ehrenamtskoordinator*innen entwickeln seither ihren Bereich eigenständig und mit hohem Engagement weiter, um den veränderlichen Bedingungen und Herausforderungen für ihr Freiwilligenmanagement zu begegnen.

Auf die Bedarfe der Menschen in den Unterkünften schlägt sich insbesondere die lange Verweildauer von bis zu mehreren Jahren nieder und beeinflusst so die Arbeit der Ehrenamtskoordinator*innen. Durch proaktive Kooperationen mit Stadtteilzentren, Freiwilligenagenturen, behördlichen Stellen, Projekten und Unternehmen arbeiten sie zunehmend in den Sozialraum hinein und übernehmen dabei anfallende Aufgaben von der Fördermittelakquise über die Mitarbeit in Gremien bis hin zur entsprechenden Entwicklung und Öffnung der eigenen Organisation – neben der fachlichen Begleitung und Koordination von Ehrenamtlichen. Allerdings findet sich diese Entwicklung bislang nicht in einer Anpassung des Stellenschlüssels wieder, der nach den Wohnplätzen eines Heims berechnet wird: 0,002 h/ Woche pro Bewohner*in. Die wenigsten Unterkünfte jedoch haben 500 Plätze und damit eine ganze Stelle für die Ehrenamtskoordination.

Ein dominanter Gesprächspunkt beim Thema Qualität – sowohl der Arbeitsbedingungen als auch der eigenen Arbeitsleistung – ist für viele Ehrenamtskoordinator*innen daher die hohe Arbeitsbelastung und der Wunsch nach stabilen und wertschätzenden Rahmenbedingungen, welche die Umsetzung der anspruchsvollen Aufgaben unterstützen. In ihrer Brückenfunktion zu Kooperationspartner*innen und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen wirken diese Bedingungen dabei oft noch in einer weiteren Dimension: Ob Ansprechpartner*innen langfristig zur Verfügung stehen, ob der Beziehungsarbeit und Bedarfsermittlung genug Zeit gewidmet werden kann oder ob ein Budget für kleine Notwendigkeiten der Anerkennungskultur wie Kaffee und Kekse vorhanden ist, beeinflusst nicht nur Motivation und Handlungsspielraum der Ehrenamtskoordinator*in, sondern auch die Kooperationspartner*innen, Bewohner*innen und Ehrenamtlichen selbst.

*Efray Ahmed, Ehrenamtskoordinatorin der Gemeinschaftsunterkunft Colditzstraße : „Der Begriff Ehrenamtskoordinator*in bildet nicht ab, was wir leisten. Wir bewältigen viel mehr: Ich koordine die Hauptamtlichen, die Kooperationspartner*innen, die Netzwerktreffen, alle Veranstaltungen, und mache alles, was dazugehört. Ich treffe Entscheidungen. Ich betreue nicht, aber ich kooperiere mit allen Personen, mit denen wir zusammenarbeiten. Ich finde Bedarfe von Bewohner*innen heraus und gehe auf die Suche nach kompetenten Leuten, die Bewohner*innen begleiten, z.B. durch Patenschaften oder Jobcoachings. Ehrenamtsarbeit ist nicht nur Hausaufgabenbetreuung oder irgendeinen Integrationskurs zu finden!“*

*Daniel Tietze, Staatssekretär für Integration Berlin: „Ehrenamtskoordinator*innen kommen sehr nah – und darauf muss man auch noch einmal qualitativ den Fokus setzen – in Aufgabenüberschneidungen zu den Bereichen der nachbarschaftlichen Zusammenarbeit. (...) Das ist eine Frage, auf die man strukturell Antworten finden kann: Wie man die Profession der Ehrenamtskoordinator*in in die Herausforderung des Brückenbauens, der Integrationsarbeit übersetzt. Hier stehen wir vor einer Herausforderung, wo wir uns seitens des Senats konzeptionell stärker auseinandersetzen müssen, um bessere Antworten zu geben wenn es darum geht, das strukturiert bei Personalschlüsseln und dergleichen abbilden zu können.“*

Eine wichtige Entwicklung in diesem Sinne sind die verlängerten Vertragslaufzeiten für Unterkünfte von nun drei Jahren mit Option auf zweijährige Verlängerung, die mehr Verlässlichkeit und Planungssicherheit für alle Beteiligten bieten. Auch das zunehmende Vorhandensein eines betreiberinternen Qualitätsmanagements wirkt sich positiv aus. Aus systemischer Perspektive wäre neben der strukturellen Stärkung der Ehrenamtskoordination durch eine Stelle von 30 h/Woche und eine den Aufgaben entsprechende Entlohnung auch eine passende organisationale Verankerung wünschenswert. Oftmals haben Ehrenamtskoordinator*innen Entwicklungs- oder gar Führungsverantwortung, arbeiten erfahrungsgemäß zugleich jedoch „unterm Radar“: Ihre Aufgaben sind für Kolleg*innen unsichtbar und zum Teil fehlt es an Verständnis und Wertschätzung für die Funktion. Nur eine Andockung auf strategischer oder Führungsebene, z.B. in Form einer Stabsstelle, kann nachhaltige Prozesse im Qualitätsmanagement anregen.

Anregungen zur Reflexion

Dimensionen der Arbeitsqualität

Die Qualität des Arbeitsplatzes hat maßgeblichen Einfluss auf die Motivation, Zufriedenheit und Leistung von Mitarbeitenden. Die Broschüre Qualität der Arbeit (2017) des Statistischen Bundesamts fasst die verschiedenen Aspekte, die Arbeitsqualität prägen, in sieben Dimensionen:

Dimension 1 Arbeitssicherheit und Gleichstellung

Dimension 2 Einkommen und indirekte Arbeitgeberleistungen

Dimension 3 Arbeitszeit, Ausgleich von Beruf und Privatleben

Dimension 4 Beschäftigungssicherheit und Sozialleistungen

Dimension 5 Arbeitsbeziehungen

Dimension 6 Qualifikation und Weiterbildung

Dimension 7 Zusammenarbeit und Motivation

Reflexionsfragen zur Qualität in der ehrenamtlichen Arbeit:

- Wie sind die Arbeitsstrukturen (Einbindung ins Team, interne Kommunikation, Stellung in der Organisation)?
- Wie steht es um die Erreichbarkeit (Räumlichkeiten, Barrierefreiheit, Anbindung an ÖPNV)?
- Welche Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement bietet meine Organisation (feste Ansprechpartner*in, Partizipation, Aufgabenprofile, schriftliche Engagementvereinbarungen, Anerkennungskultur, Versicherungsschutz, Führungszeugnis)?
- Gibt es ein Budget für freiwilliges Engagement?

Aufgaben der Ehrenamtskoordinator*innen – Anforderungen des Öffentlichen Diensts

Aufgaben der Ehrenamtskoordinator*innen

- Planung und Organisation von Freiwilligenarbeit
- Führung (von Ehrenamtlichen, von Bereichen in der Organisation)
- konzeptionelle und fachliche Entwicklungen im Freiwilligenmanagement
- Öffentlichkeits- und Pressearbeit
- Projekt- und Veranstaltungsmanagement
- Gremienarbeit, Gemeinwesenarbeit und Sozialraummanagement
- Qualität (inkl. Qualitätsmanagementprozessen)
- Fördermittelakquise
- Demokratisierung (Teilhabe, Inklusion, Gendergerechtigkeit, Diversitätsorientierung)
- Change Management/ Organisationsentwicklung
- Administration (Antrags- und Berichtswesen, Statistiken, Planung und Evaluation)

Gehaltsgruppen im Öffentlichen Dienst

TVL-E9 beinhaltet:

- gründliche und umfassende Fachkenntnisse
- Fachwissen über die bloße Kenntnis hinaus
- Führungskompetenz (nicht im Sinne von Personalverantwortung)

TVL-E10 beinhaltet:

- Tätigkeiten mit besonderer Schwierigkeit und Bedeutung: min. 1/3 des Stundenumfanges

TVL-E11 beinhaltet:

- Tätigkeiten mit besonderer Schwierigkeit und Bedeutung: min. 1/2 des Stundenumfanges

Schwierigkeit = erhöhtes fachliches Können (Spezialkenntnisse), Fachwissen wurde nicht im Studium erworben

Bedeutung = Auswirkung für den innerdienstlichen Bereich (z.B. Personalverantwortung/ Bereichsleitung)

Ehrenamtskoordinator*innen erhalten zumeist TVL- E9 (oder niedriger)

Werkstatt 4

Jung – geflüchtet – engagiert?

*In der vierten Werkstatt des Beratungsforums Engagement zum Thema „Jung – geflüchtet – engagiert?“ widmeten sich die Ehrenamtskoordinator*innen der Frage, welche Rahmenbedingungen junges Engagement braucht und welche Chancen ein Engagement jungen Menschen mit und ohne Fluchtbiografie bietet. Ganz zentrale und vielfältige Orte solchen Engagements sind die Jugendverbände: Zusammenschlüsse von Jugendlichen mit gemeinsamen Interessen, die für- und miteinander Angebote gestalten, von Ferienfreizeiten bis hin zu politischen Aktionen. Mehr als 30 Jugendverbände sind im Landesjugendring Berlin zusammengeschlossen.*

Nichole Pashley vom Beratungsforum Engagement bedankt sich für das Gespräch bei Jaqueline Kauka, seit 2013 im Landesjugendring tätig und seit 2016 Referentin für Jugendverbandsarbeit in den Projekten „Jung – Geflüchtet – Selbstbestimmt“ (seit 2016) und „Vom FÜR zum MIT (2017-2019).“

BfE: Die Shell- Jugendstudie 2019 hat 2572 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 12-25 Jahren interviewt. Das Ergebnis trägt den Untertitel „Eine Generation meldet sich zu Wort“. Denn die junge Generation formuliert eigene Ansprüche und fordert bereits heute die Weichenstellung für die Gestaltung der Zukunft. Haben Sie, die Jugendverbände und die Jugendbildungsstätten, es auch so wahrgenommen?

Wir waren nicht überrascht, dass junge Menschen ihre Stimme nutzen, um ihre Rechte einzufordern, geltend zu machen und zu schauen: ‚Wo habe ich Möglichkeiten zur Teilhabe und zur Beteiligung und wo sind mir diese Zugänge verwehrt?‘ Jugendverbände sind Selbstorganisationen von jungen Menschen und Interessenvertretung ist ein unabdingbarer Teil davon – schon immer. Deshalb finde ich es in dem Sinne keinen neuen Trend.

BfE: Vielleicht ein lauterer Trend?

Ich denke durch z.B. Fridays For Future sind gerade Protestformen noch einmal sichtbarer geworden. Und es ist großartig, was da gelungen ist: dass sehr junge, weltweit vernetzte Bewegungen nach vorne treten, ihre Sichtbarkeit erkämpfen und auch halten.

Es ist immer eine Frage der Einordnung, ob man Engagement als Ausdruck von politischem Gestaltungswillen versteht. Jugendverbände machen schon seit Langem Aktionen und dadurch auf Missstände aufmerksam. Sie haben einen Blick dafür, was in der Welt passiert und was das mit ihnen macht, mit ihrer Zukunft, aber auch mit der Gegenwart. Würde stärker wahrgenommen, dass das ein politisches Statement ist, dann würde man vielleicht auch dazu kommen, dass Jugendliche schon immer ihre Stimme erheben.

Dabei gibt es noch viel Luft nach oben, Jugendliche in Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen. Das eine ist es, wahrzunehmen, dass Jugendliche ihre Rechte einfordern und was ihre Forderungen sind. Das andere ist es, das so wahrzunehmen, dass man etwas damit macht und in politische Inhalte übersetzt. Das sind mehrere Schritte und ich finde es wichtig, sich das zu verdeutlichen.

BfE: Jugendliche fühlen sich laut der Shell-Studie nicht ausreichend gefragt und einbezogen, kritisieren das sogenannte Establishment in Politik und Gesellschaft. Wie kann man dem begegnen?

Die Frage ist: Wie entstehen Beteiligungsformate? Und wer hat sie sich ausgedacht? An vielen Stellen wird offensichtlich, dass Formate von Menschen entwickelt werden, die keine Jugendlichen mehr sind, die nicht merken, was jetzt passend wäre. Das fängt bei Uhrzeiten und Wochentagen an und geht bis zu der Frage, wie viele Ressourcen abverlangt werden – Jugendliche haben schon sehr viel zu tun, denn sie verbringen mehr als 35 Stunden in der Woche mit Schulaufgaben. Sehr sorgsam muss man auch damit umgehen, was Jugendliche für einen Gewinn haben. Beteiligungsformate können für junge Menschen sehr frustrierend sein: ‚Okay, jetzt werden wir mal wieder gefragt – und dann gibt es ein schönes Foto dazu.‘ Es beginnt bereits beim Gefragtwerden: Viel schöner ist es, selbst Themen zu setzen! Und das passiert ja, junge Menschen setzen Themen. Worauf es ankommt, ist die Wahrnehmung, die Anerkennung, die Wertschätzung und die Übersetzung in Inhalte.

Junge Menschen müssen selbst entscheiden können, was Beteiligung für sie ist und welche Form für sie die richtige. In Jugendverbänden geschieht schon viel. Junge Menschen bündeln ihre Stimmen und äußern ihre Interessen. Das ist ihr Raum, den sie sich geschaffen haben, er ist so gestaltet, wie junge Menschen ihn für sich möchten. Selbstgestaltet und selbstbestimmt an allen Stellen. Um es auf das Thema Engagement zurückzuführen: Engagement entsteht dort, wo Gelegenheit dafür geboten wird. Wo es einen Anlass gibt anzudocken. Der Anlass schafft den Zugang zum Engagement.

BfE: Jugendliche möchten selbstbestimmte Perspektiven für die Zukunft entwickeln – ganz unabhängig von ihrer Herkunft. Welche besonderen Herausforderungen kann es in der Arbeit mit jungen Geflüchteten geben?

Ich finde es ganz wichtig zu benennen, an welchen Stellen es nicht um Unterschiede geht: Junge Geflüchtete sind in erster Linie Kinder und Jugendliche, denen die gleichen Rechte zur Verfügung stehen müssen. Von dieser großen Gemeinsamkeit aller Kinder und Jugendlichen kommt man dann zu dem großen Unterschied: dass jungen Menschen mit Fluchtbiographie der Zugang zur Verwirklichung ihrer Rechte oft versperrt ist. In den Jugendverbänden beobachten wir, dass es Themen sind wie Abnabelung und Perspektiventwicklung, die jungen Menschen zunehmend wichtig sind: Dass es darum geht, überhaupt die gedankliche Freiheit zu haben, eine Perspektive zu entwickeln. Mehrere Optionen durchgehen, sich diesen Raum nehmen zu können. Und wir sehen auch, dass junge Geflüchtete nur sehr, sehr schwer in diese Lage kommen. Sie fangen an, ihre Zukunft aufzubauen, und stoßen dabei die ganze Zeit auf Ablehnung. Das hat eine große Wirkmacht auf alle Beteiligten und auf verschiedenen Ebenen – ohne dabei in Frage zu stellen, dass die Leidtragenden die jungen Geflüchteten selbst sind. Es entstehen große Frustration und Depression. Die jungen Menschen stehen mit ihrer Frustration nicht allein da, und doch sind sie es, die wahnsinnig gefordert werden: Sie müssen mit Abschiebungen umgehen, mit dem Bewerbungsmarathon, sich Hilfe suchen, das Hilfesystem überhaupt erstmal verstehen. Sie müssen die Strukturen kennen, um Dinge umsetzen zu können – ich habe die erst im Studium kennengelernt!

BfE: Wie kann ein niedrigschwelliger Zugang für junge Geflüchtete in die Jugendverbandsarbeit gelingen? Wie sind die jungen Menschen in die Jugendverbandsarbeit gekommen?

Da gab es sehr unterschiedliche Wege. Was immer ähnlich bleibt bei jungen Menschen, ob mit oder ohne Fluchtbiografie, ist das Peer-to-Peer. Direkte Ansprache, direkter Kontakt und jemand, der fragt: ‚Magst du heute Abend mal mitkommen?‘ Das ist das, was am allerbesten funktioniert. Aufsuchende Arbeit, ein Angebot machen. Es braucht Personen, die ansprechbar sind und zu denen eine Beziehung entsteht.

In den Jugendverbänden wurde überlegt, wie wir noch weitere Unterstützungsformen anbieten können, um auf diese Unterschiede einzugehen und den existenziellen Fragen zu begegnen, die bei den jungen Geflüchteten größer geworden sind. In dem Projekt Vom Für zum Mit, das wir hatten, konnten zusätzliche Stellen in den Verbänden geschaffen werden, deren Inhaber*innen sich ausschließlich mit diesem Thema befassen. Als Hauptamtliche hatten sie Zeit und Ressourcen sich zu vernetzen, die jungen Menschen zu beraten und zu vermitteln. Wir haben gemerkt, dass es sehr wichtig ist, dass es Personen in den Verbänden gibt, die das leisten können.

BfE: Wo liegt die Stärke der Verbandsarbeit?

In Jugendverbänden schließt man sich zusammen, weil man gemeinsame Interessen hat. Menschen haben dort die Möglichkeit, nicht mehr die Person mit Fluchtbiografie zu sein. Es wurde mir von sehr intimen Momenten berichtet, wo das natürlich eine Rolle spielte und auch thematisiert wurde. Aber es kann auch einfach um die Sache gehen, um Urban Gardening oder eine gemeinsame Ferienfahrt, oder darum zu überlegen: ‚Wie funktioniert eigentlich Selbstorganisation? Probieren wir das doch mal an einem selbstorganisierten Wochenende aus!‘ Das sind Themen, die verbinden und ein Raum für Erholung sein können. Wo man sich auf Sachen konzentrieren kann, die einem Spaß machen. Zusammenschlüsse von jungen Menschen bieten den Zugang in die Lebenswelt von Gleichaltrigen.

BfE: Gibt es etwas an den Rahmenbedingungen in der jetzigen und zukünftigen Verbandsarbeit, was Sie sich wünschen? Wo müssen noch Ressourcen hinfließen?

Uns wurde zurückgemeldet, dass es vor allem viel Zeit und personelle Ressourcen braucht, um mit den Herausforderungen der jungen Menschen umgehen zu können. Es läuft immer wieder darauf hinaus: Personen, die ansprechbar sind und bei denen sich Expertise und Informationen bündeln. Das ist wahnsinnig wertvoll, sowohl für die existenziellen Fragen als auch für die Zugänge. Ansprechbar sein für pragmatische Dinge und Zeit für Beziehungsarbeit haben – für die Jugendlichen, die schon da sind und für die Jugendlichen, die neu dazugekommen sind. Beziehungsarbeit, die die Jugendgruppe auffangen kann, wenn z.B. ein*e Jugendliche*r der Gruppe abgeschoben wurde. Das geschieht. Und jedes Mal, wenn es geschieht, ist es zu oft geschehen und hinterlässt etwas.

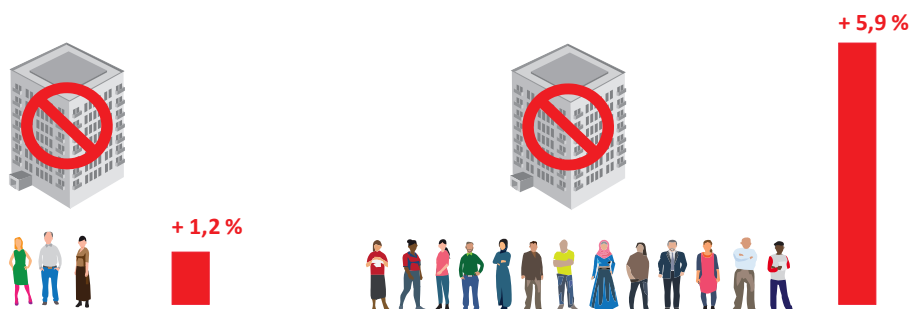
Schwerpunkt: Wohnungsmangel in Berlin

Ein Überblick über Zahlen, Maßnahmen und neue Herausforderungen für die Ehrenamtskoordination

*Im ständigen Austausch mit den Ehrenamtskoordinator*innen und weiteren Akteur*innen stellte das Beratungsforum Engagement auch im dritten Projektjahr fest, dass das Thema Wohnen für alle Beteiligten weiterhin ganz oben steht. Der Beitrag beschreibt aktuelle Vorhaben und Herausforderungen in Berlin und wirft einen Blick auf die für die Ehrenamtskoordination wichtigsten Aspekte der vielschichtigen Problematik.*

von Sophia Schäfer

Immer mehr Menschen in Deutschland leben ohne festen Wohnsitz. Nach Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) waren im Jahr 2018 bis zu 678.000 Menschen wohnungslos, darunter etwa 441.000 anerkannte Geflüchtete. Es fehlt in ganz Deutschland an bezahlbarem Wohnraum für einkommensschwache Haushalte; jährlich fallen weit mehr Wohnungen aus der Preisbindung als neue Sozialwohnungen entstehen. Dass neben jungen Erwachsenen vor allem Geflüchtete immer häufiger von Wohnungslosigkeit betroffen sind, reflektiert die besonderen Hürden für und Diskriminierungen von geflüchteten Menschen auf dem bundesweit angespannten Wohnungsmarkt.



Die Zahl der wohnungslosen Menschen ohne Fluchthintergrund stieg um 1,2%
Die Zahl der wohnungslosen Geflüchteten um 5,9 %.
(BAG W)

In Berlin hatte nach Schätzungen des Berliner Flüchtlingsrates von rund 60.000 wohnungslosen Menschen im Jahr 2018 etwa die Hälfte einen Fluchthintergrund. Im laufenden Asylverfahren oder als zumeist Arbeitsuchende Sozialhilfeempfänger*innen ist ihre Chance auf dem Berliner Wohnungsmarkt gering. Die Durchschnittsmieten sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen, und insbesondere Wohnraum für Einpersonenhaushalte und große Mehrpersonenhaushalte wird knapper.



Berlin:
831.000 WBS-berechtigte Haushalte
101.000 Sozialwohnungen

Nach dem Wohnraumversorgungsgesetz und zusätzlichen Kooperationsvereinbarungen werden WBS-Berechtigte darum auch bei der Vergabe von nicht gefördertem Wohnraum bevorzugt:

60% der frei werdenden Wohnungen landeseigener Wohnungsunternehmen gehen an sie. Menschen mit Fluchthintergrund erhalten zum Teil keinen WBS.

In der Folge leben Menschen mit Fluchthintergrund in Berlin oft über mehrere Jahre in Unterbringung. Derzeit neun Aufnahmeeinrichtungen und 74 Gemeinschaftsunterkünfte (Stand 12/2019) werden vom Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) gesteuert. Von den gut 20.800 Bewohner*innen der Unterkünfte ist nur etwa die Hälfte noch im Asylverfahren.

Darüber hinaus werden anerkannte Geflüchtete ebenso wie andere wohnungslose Menschen nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz des Landes Berlin (ASOG) untergebracht. In Zuständigkeit der Bezirke gibt es stadtweit mehr als 600 nicht vertragsgebundene Einrichtungen – Hostels, Pensionen oder andere Beherbergungen – zusätzlich zu bezirkseigenen Unterkünften. Überbezirklich abgestimmte Qualitätsstandards und die vertraglich abgesicherte Position der Ehrenamtskoordination bestehen jedoch bisher nur in den LAF-Unterkünften.

Gesamtstädtische Kapazitätsplanung und Qualitäts- und Beschwerdemanagement

Um die Kapazitätsplanung zu vereinfachen und Standards anzugleichen, hat der Senat im Juli 2018 das Projekt Gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung von Wohnungslosen (GStU) unter Leitung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS) auf den Weg gebracht. Ziel ist die bedarfsgerechte und qualitätsgesicherte Unterbringung aller wohnungslosen Menschen in Berlin sowie die Schaffung spezifischer Angebote z.B. für Frauen, Menschen mit körperlichen Einschränkungen oder Familien mit Kindern. Dazu sollen neben einer zentralen Planung der Wohnplätze künftig alle Unterkünfte vertraglich gebunden und mit einem zentralen Qualitätsmanagement und unabhängigen Beschwerdemanagement ausgestattet sein. Das von 2018 bis 2019 umgesetzte Pilotprojekt zum Beschwerdemanagement der Koordinierungsstelle für Flüchtlingsmanagement der SenIAS wird dazu von den LAF-Unterkünften sukzessive auf die ASOG-Unterkünfte ausgeweitet.

Dabei gibt das von der SenIAS formulierte Eckpunktepapier zum Rahmenplan für Qualitätsstandards und Beschwerdemanagement (2018) Hinweise, wie wichtig in diesem Prozess auch die Ehrenamtskoordination ist. So soll der Qualitätscheck in den Unterkünften künftig nicht mehr nur die Unterbringungsart selbst, sondern auch die Betreuung, - Sozial- und Integrationsleistungen erfassen sowie weitere Aspekte abbilden, die sich auf die Zufriedenheit der Bewohner*innen auswirken: „Beispielsweise verbindliche Regeln für einen respektvollen Umgang, die in der Unterkunft verfügbaren Angebote zur Partizipation und die gesellschaftliche Einbindung. Ein weiterer wichtiger Faktor wäre die Infrastruktur, in die eine Unterkunft eingebettet ist.“ Alle genannten Aspekte betreffen unmittelbar die tägliche Arbeit der Ehrenamtskoordinator*innen, die als Brücke zwischen Bewohner*innen, Hauptamtlichen, Ehrenamtlichen und dem Sozialraum fungieren.

„Wir haben festgestellt, wie bedeutungsvoll das Ehrenamt in der Entwicklung von Konzepten in den Unterkünften und in der Weiterentwicklung von Qualitätsstandards ist.“

Sybill Schulz, Leitung
Koordinierungsstelle
Flüchtlingsmanagement, SenIAS
(Werkstatt 3 BfE)

Neue Herausforderungen für die Ehrenamtskoordination

Die Herausforderungen an das strategische und operative Freiwilligenmanagement wachsen dabei stetig. Die lange Verweildauer in der Unterbringung, insbesondere von alleinreisenden Männern und Familien mit Kindern, beeinflusst die Bedarfe der Bewohner*innen. Zugleich haben sich die Rahmenbedingungen von Engagement stark verändert. Waren vor einigen Jahren noch kurzzeitige, flexible Einsätze möglich, etwa bei der Essensausgabe oder in Kleiderkammern, oder wurden Aktivitäten und Begegnungsmöglichkeiten wie Computerkurse und Frauencafés in den Unterkünften angeboten, entspricht die heute Bedürfnislage mehr denn je einer stabilen Begleitung aus der Unterkunft hinaus in den Alltag hinein.

Wichtige Themen, die Ehrenamtskoordinator*innen dazu aktuell nennen, sind breit gefächert: Von der Begleitung von Ehrenamtlichen in sich ändernden Engagementbedingungen, über die zeitintensive Akquise und Bindung neuer Unterstützer*innen und Kooperationen – zumal in Unterkünften mit Randlage – bis hin zum Ausloten von Partizipationsmöglichkeiten für Bewohner*innen und der Förderung ihres Engagements. Ganz neue Herausforderungen ergeben sich durch die Belegung von Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete mit weiteren wohnungslosen Menschen, wie seit dem Sommer 2019 bereits in Unterkünften in Steglitz-Zehlendorf und Marzahn-Hellersdorf. Für die Ehrenamtskoordinator*innen gilt es dabei, die Nachbarschaft ebenso wie Ehrenamtliche einzubinden, die in ihrem Umgang mit der Unterkunft und ihrem Engagement bislang auf Geflüchtete eingestimmt sind. Mit den Sozialen Hilfen, freien Trägern und Initiativen im Bereich Wohnungslosenhilfe eröffnet sich darüber hinaus ein neuer Kooperationskreis.

Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt

Menschen mit Migrations- und Fluchtbiografie haben auf dem Wohnungsmarkt größere Hürden zu bewältigen als die Mehrheitsgesellschaft. Eine von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes in Auftrag gegebene Studie (2015) untersucht Diskriminierung aufgrund rassistischer und ethnischer Zuschreibungen und zeigt existierende Ungleichbehandlungen auf:



Diskriminierung tritt insbesondere in Verbindung mit (sichtbarer) Religionszugehörigkeit auf.



Menschen mit Migrationsbiografie wird zugeschrieben zu laut, ökonomisch nicht vertrauenswürdig und konfliktaffin zu sein oder von Vermieter*innen wird eine ablehnende Haltung seitens der Hausgemeinschaft befürchtet. Diese Vorurteile können zu individueller Diskriminierung führen.



Die Beschaffung von Dokumenten und Nachweisen kann eine strukturelle Hürde für Migrant*innen darstellen, da einige Dokumente über Ländergrenzen hinweg nicht beschafft werden können. Um institutionalisierte Benachteiligung zu vermeiden, sollte daher kritisch geprüft werden, welche Dokumente tatsächlich notwendig sind, um die Zuverlässigkeit von Mieter*innen abschätzen zu können.

Programme zur Wohnungsversorgung



Das Programm Wohnungen für Flüchtlinge (WfF) des LAF sieht vor, dass die sechs landeseigenen Wohnungsgesellschaften ein Kontingent von 550 Wohnungen jährlich für Geflüchtete zur Verfügung stellen. Voraussetzung ist der Leistungsbezug nach dem AsylbLG und das Vorliegen besonderer Härten.



Die Zentrale Koordinierungsstelle (Zeko) im Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) koordiniert mit dem Geschützten Marktsegment ein Kontingent von 1350 Wohnungen für wohnungslose und von Wohnungsglosigkeit bedrohte Menschen. Voraussetzung ist u.a. ein zumindest 12-monatiger Aufenthalt in Berlin.



Das Modellprojekt Housing First der Berliner Stadtmission und Neue Chancen gGmbH in Kooperation mit SenIAS vermittelt obdachlose Menschen niedrigschwellig in eigenen Wohnraum. Die Wohnungen werden vom Träger selbst akquiriert.

Die vom Senat im Juli 2019 beschlossenen Leitlinien der Wohnungsnotfallhilfe und Wohnungslosenpolitik sehen für die Programme vor, eine Aufstockung des Kontingents abzustimmen. Ein Programm mit eigenem Kontingent für anerkannte Geflüchtete ist nicht vorhanden.

Geplante Vermittlungsstellen



Bis 2020 soll eine zentrale Anlauf- und Kompetenzstelle zur Wohnungsvermittlung für Geflüchtete eingerichtet werden, das ergab der Runde Tisch zur Verbesserung der Situation geflüchteter Menschen auf dem Wohnungsmarkt. Dezentrale, mit Sprachmittlung ausgestattete Stellen in den Bezirken sind nicht vorgesehen.



Die Leitlinien der Wohnungsnotfallhilfe und Wohnungslosenpolitik sehen ein bezirksübergreifendes Konzept für Fachstellen der Wohnungsnothilfe vor, welche organisatorisch eine Stelle zur Wohnungsakquise und -vermittlung für das Geschützte Marktsegment enthalten soll.

Best Practice: Projekte und Initiativen

Place4Refugees e.V.

Der Verein steht geflüchteten Menschen bei ihrer Suche nach unterschiedlichen Unterbringungsmöglichkeiten mit Rat und Tat zur Seite

<http://www.place4refugees.org>

Projekte „Hallo neue Nachbarn“ und „Miteinander im Kiez“

In Zusammenarbeit mit dem Humanistischen Landesverband Berlin-Brandenburg e.V. engagiert sich die WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH in den Patenschaftsprojekten für Mieterinnen und Mieter mit Fluchterfahrung

<http://www.wbm.de/mieterservice/hallo-neue-nachbarn>

Die Fachstelle „Fair mieten – Fair wohnen“

Die Berliner Fachstelle unterstützt Menschen, die auf dem Wohnungsmarkt Diskriminierung erfahren

<http://fairmieten-fairwohnen.de>

Das **Bündnis AG Wohnungssuche Neukölln** hat einen Leitfaden zur Wohnungssuche für geflüchtete Menschen in Berlin in vier Sprachen (Deutsch, Arabisch, Persisch, Englisch) erstellt und bietet eine umfassende Linksammlung zum Thema Wohnungssuche auf seiner Homepage.

<http://www.buendnis-neukoelln.de/fluchtasyl/wohnungssuche/nuetzliches>

Das Projekt **Interaxion Willkommensbüro für Migrant*innen und Geflüchtete** in Trepow-Köpenick hat einen Leitfaden zur Wohnungssuche in neun Sprachen erstellt.

<http://interaxion-tk.de/index.php/de/blog/wohnraum/272-auf-einen-blick-unsere-handreichungen-zur-wohnungssuche-und-einzug>



*In Norwegen sind Bewohner*innenräte in Geflüchtetenunterkünften staatliche Auflage. Die Räte der Hero-Einrichtungen sind auf Landesebene miteinander vernetzt, eine Delegation der Räte besuchte 2016 sogar das norwegische Parlament*



Aus der Praxis: Der Bewohner*innenrat

Ein Praxisgespräch über Teilhabe und Engagement in der Gemeinschaftsunterkunft Wittenberger Straße

Die GU Wittenberger Str. wurde 2016 eröffnet und bietet in modularer Bauweise (MUF1) 450 Wohnplätze für Asylbewerber*innen und anerkannte Geflüchtete. Seit April 2017 wird die Unterkunft durch die Hero Norge AS bzw. durch die Hero Zukunft GmbH betrieben. Der deutsche Ableger eines erfahrenen Trägers aus Norwegen zeichnet sich durch ein Konzept aus, das die Beteiligung von Bewohner*innen in den Unterkünften durch einen Rat vorsieht.

Sophia Schäfer vom Beratungsforum Engagement für Geflüchtete bedankt sich für das Gespräch bei Scarlett Warlich, Ehrenamtskoordinatorin, und Christina Waschkiewicz, Sozialarbeiterin in der GU Wittenberger Straße.

Dezember 2019

BfE: Was sind die Rahmenbedingungen des Rats? Wodurch zeichnet er sich aus?

Scarlett: Der Rat ist ein eigenes Gremium der Bewohner*innen, welches sich momentan monatlich trifft. Er ist eine selbst gestaltete Runde, der Ideen von und für die Bewohnerschaft umsetzt. Vom Träger kann für die Vorhaben ein monatliches Budget – die Höhe ist abhängig von der Anzahl der Bewohner*innen – abgerufen werden, welches anlassgegeben auch längerfristig angespart werden kann. Um das Geld zu erhalten, muss ein gemeinsamer Beschluss des Rates gefasst werden. An den Sitzungen des Rates nehme ich mit einem Vertreter von BENN (Berlin entwickelt neue Nachbarschaften) beratend teil, um Ideen in die Realität zu helfen.

BfE: Wer ist im Bewohner*innenrat engagiert? Was sind Ziele des Rats?

Scarlett: Das hat sich sehr verändert. Ich bin seit 2019 Ehrenamtskoordinatorin dieser GU, der Rat bestand bereits vorher. Im letzten Jahr wurden Wahlen für den Rat abgehalten. Es gab einen festen Kreis von Mitgliedern, die sich regelmäßig engagierten. Jetzt kommen Bewohner*innen auf Zuruf und nur für bestimmte Themen zusammen. Ein stetiges Engagement habe ich noch nicht erreicht. Der Leitfaden für den Bewohner*innenrat, den es hier in der Unterkunft bereits gab, nennt Aufgaben im Haus, aber auch im Stadtteil: z.B. die Teilnahme an Quartiersgremien und weiteres Engagement im Kiez. Vom jetzigen Standpunkt aus ist das sehr ambitioniert! Wenn die Leute es in den Rat schaffen und sich die Zeit nehmen, sich der Gemeinschaft in der Unterkunft zu widmen, dann ist das schon wirklich toll.

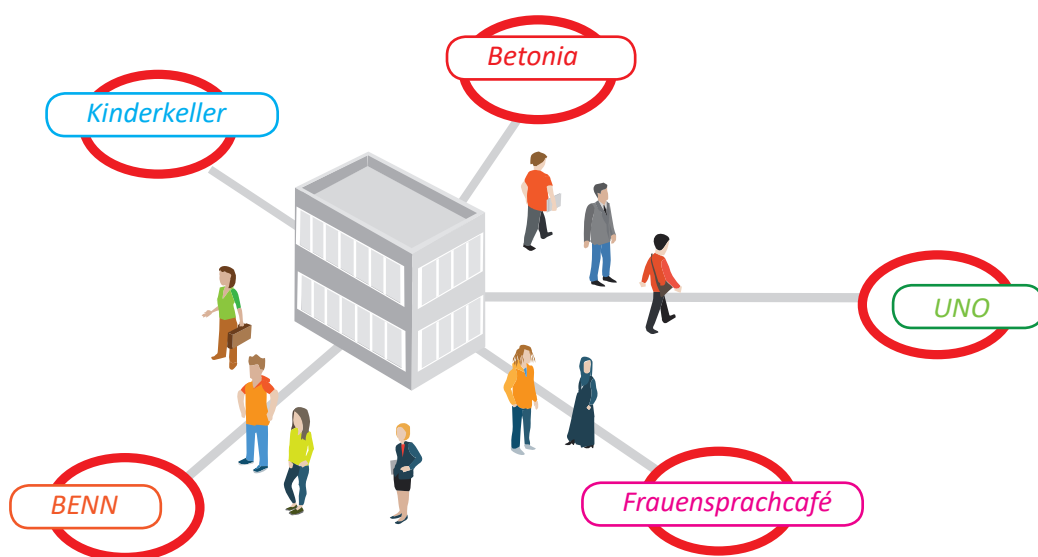
BfE: Was sind Gründe für diese Veränderung?

Christina: Im letzten Jahr hatten sich einige Familien gefunden, die da zusammen engagiert waren. Aber wir hatten viele Aus- und Umzüge und die Gruppe hat sich aufgelöst. Sehr schwierig war auch die hohe Fluktuation beim Personal, da die Unterkunft bis Ende 2018 mit kurzen Betreiberverträgen als Interimslösung betrieben wurde. Dies bedingte wiederholt Einarbeitungen und Klärungen der Zuständigkeiten. Bei den Bewohner*innen hat das zu Unzufriedenheit geführt, da der gerade aufgebaute Bezug und das Vertrauen untereinander wegbrachen. Da ist das Gefühl, sich einzubringen und etwas zu bewirken zu können irgendwann abgebrockelt.

BfE: Wo liegen Hürden für das Engagement im Bewohner*innenrat?

Scarlett: Grundsätzlich braucht freiwilliges Engagement freiwillige Rahmenbedingungen – aber niemand hat sich das Leben in der Unterkunft ausgesucht. Alle Bewohner*innen haben viel auf dem Tableau in ganz unterschiedlicher Art und Weise. Sich im Rat engagieren kommt darüber hinaus dazu. Das erfordert viel Einsatz und Ressourcen. Für ein Projekt des Bewohner*innenrats, einen Kopierer anzuschaffen, gab es eine Zeit lang Sprechstundentermine. Aber die Bewohner*innen suchten in den Sprechstunden nach Hilfe für ihre persönlichen Probleme. Dem waren die Ansprechpartner*innen nicht gewachsen.

Christina: Außerdem: In den Unterkünften gibt es eine vom LAF vorgegebene allgemeine Hausordnung. Diese bedingt schon Reglementierungen an sich, sodass nicht selten die Bedürfnisse und Wünsche mit den Regeln kollidieren. Das dämpft die Motivation der Bewohner*innen zu sagen: ‚In den kleinen Bereichen, die wir hier bestimmen können, mache ich Etwas.‘



Die Unterkunft im Umfeld:

- Viele Jugendeinrichtungen, die eigenständig aufgesucht werden (Kinderkeller, Betonia, UNO)
- Frauensprachcafé im Nachbarschaftstreff der DeGeWo
- BENN

BfE: Wie kannst du als Ehrenamtskoordinatorin die Arbeit des Rates stärken?

Scarlett: Ich versuche, die Bewohner*innen für den Rat zu motivieren, sie darin zu bestärken, Dinge zu besprechen, die sie ändern wollen: Es kann ein wichtiges Gremium sein, in dem Probleme gelöst werden können. Und natürlich macht der Rat auch schöne Sachen wie Feste.

Konkret habe ich das Konzept den Gegebenheiten angepasst. Früher musste der harte Kern, also die regelmäßigen Mitglieder zusammenkommen, um einen Projektantrag zu stellen. Heute reicht es, dass drei Leute anwesend sind, auch wenn sie vorher noch nicht im Bewohner*innenrat aktiv waren. So ist der Rat wieder beschlussfähig und bekommt das nötige Geld, um Dinge anzuschieben.

BfE: Was erreicht der Bewohner*innenrat?

Scarlett: Durch die vereinfachte Regelung zur Antragsstellung konnte der Rat dieses Jahr hier in der Gemeinschaftsunterkunft einen Fitnessraum für Frauen eröffnen. Es gibt Geräte und ein Kursprogramm, für das im Rat Ideen gesammelt wurden. Ein Schild im Raum weist darauf hin, dass er durch das Engagement von Bewohner*innen entstanden ist. Außerdem hat der Rat ein großes Sommerfest mit Liveband mitinitiiert. Es ist wichtig, sich auf das Kleine zu konzentrieren, was sich für die Bewohner*innen bewegt. Auch in engen Spielräumen ist viel möglich: Der Rat der GU Dingolfinger Straße hat sich mit Unterstützung des Trägers Hero Zukunft z.B. erfolgreich beim Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) für ein Pilotprojekt zur Übernachtung von Gästen eingesetzt, das 2019 bis zur Schließung der Unterkunft lief.

BfE: In der Unterbringung und Betreuung von Senior*innen und Pflegebedürftigen sind Bewohnendenräte gesetzlich verankert. Wäre das auch in der Unterbringung von Geflüchteten denkbar?

Scarlett: Eine reguläre und starke Interessensvertretung der Bewohner*innen wäre natürlich eine ganz feine Sache! Aber wir müssten dazu deutlich besser bei der Aufstellung und Kompetenzentwicklung des Rates unterstützen können. Es bräuhete Fortbildungen und enge Betreuung – denn Interessensvertretung muss man lernen. Ohne ein eigenes Stundenkontingent dafür geht so etwas nicht. In meinem Arbeitsalltag nimmt der Bewohner*innenrat viel Zeit in Anspruch. Es ist ein großes Projekt unter etwa 20 regelmäßigen Angeboten, die ich betreue.

**Mitwirkungsverordnung zum Wohnteilhabegesetz**

Die Mitwirkungsverordnung zum Wohnteilhabegesetz setzt die Rahmenbedingungen von Bewohner*innenräten, nennt Aufgaben und legt fest, bei welchen Entscheidungen der Träger den Rat miteinbezogen muss.

BfE: Wie fordert die Arbeit mit dem Bewohner*innenrat deine Rolle als Ehrenamtskoordinatorin?

Scarlett: Mich beschäftigt die Frage, wie viel ich initiiere und hineingebe in den Rat. Manchmal haben wir sehr schweigsame Sitzungen. Anwesende sind bereit mitzuentcheiden oder ihre Meinung zu sagen, bringen aber selbst nichts ein. Mitunter fülle ich dann die Lücke mit dem, was ich in der Unterkunft an Anliegen gehört habe. Für mich ist das ein schwieriges Spannungsverhältnis: Ich lade die Bewohner*innen ein, ich suche sie auf, ich bringe mich im Rat ein – und halte auf der anderen Seite hoch, wie freiwillig alles ist. Bin ich schon übergriffig? Wenn ich an die Zimmertüren einzelner Bewohner*innen der Wohngemeinschaften klopfe, stehe ich mitten im privaten Wohnraum. Gleichzeitig ist die persönliche Ansprache besser geeignet als Aushänge, und Briefkästen gibt es keine.

BfE: Was unterstützt dich bei der Arbeit mit dem Bewohner*innenrat?

Scarlett: Besonders wichtig sind die regelmäßigen Austauschtreffen zum Bewohner*innenrat mit den Ehrenamtskoordinator*innen der weiteren Unterkünften des Trägers. Gemeinsam finden wir heraus, was funktioniert und was nicht, welche Rahmenbedingungen und Dynamiken wirken. Z.B. teilen wir hier in der GU Wittenberger Straße im Alltag weniger gemeinsamen Raum mit den Bewohner*innen, als die Teams in anderen Gemeinschaftsunterkünften, in denen es z.B. ein für alle offenes Café gibt – und wo auch der Rat besser besucht wird. Dass Beziehungsarbeit und Räume für Dialog und Austausch wichtig sind, ist keine ganz neue Erkenntnis, von der wir trotzdem lernen können.

Möglichkeiten in der Unterkunft:

- Arbeitsgelegenheiten durch GzA-Stellen - Gemeinnützige zusätzliche Arbeit (z.B. Hauswirtschaft, Aufwandsentschädigung 0,8 €/Stunde)
- Eine monatliche Bewohner*innenversammlung informiert über Aktuelles und Organisatorisches und gibt Raum für Fragen
- Verschiedene Angebote durch Ehrenamtliche, Vereine und Projekte



Für GzA-Stellen gibt es 0,8 Euro pro Stunde

*Als besondere Einschränkung empfinden Bewohner*innen in der Unterbringung, keine Übernachtungsgäste empfangen zu dürfen. Das macht Besuche von Familienangehörigen und Freunden oft schwierig und teuer. Der Bewohner*innenrat der GU Dingolfinger Str. konnte durch sein Engagement beim LAF ein Pilotprojekt erwirken, das eine eintägige Übernachtung ermöglichte.*





Statement der Bewohner*in und Mitinitiatorin des Frauen-Fitnessraums Halima Rostami, 18 Jahre:

Ich habe mich dabei, eine Idee zu präsentieren und dafür einzustehen sehr gut gefühlt. Es war schön zu sehen, wie es gelingen kann, dass das Gegenüber die gleiche Meinung vertritt, nachdem man eine Weile diskutiert hat.

Es war für mich eine neue Erfahrung, gemeinsam mit anderen etwas zu entscheiden. So etwas möchte ich auch in Zukunft machen. Vielleicht gehe ich in die Politik!



Impressum

Herausgeber:

Landesfreiwilligenagentur Berlin



Kompetenzzentrum für Engagement

Schumannstraße 3
10117 Berlin

www.landesfreiwilligenagentur.berlin
www.beratungsforum-engagement.berlin

V.i.S.d.P.: C. Schaaf-Derichs

Redaktion: Sophia Schäfer

Layout: Marcus Mazzoni, www.dezign.it

Gefördert von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales aus Mitteln des Landes Berlin

Senatsverwaltung
für Integration, Arbeit
und Soziales

be  **Berlin**

